

MITEINANDER. Niedersachsen.

Unser WAHLPROGRAMM für NIEDERSACHSEN



SICHERES,
BEZAHLBARES
LEBEN



**FREIE
WÄHLER**

www.fw-nds.de

Inhalt

Wir über uns	2
Region und Heimat.....	3
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	3
Demokratie und Bürgertum.....	4
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	5
Soziales und Gesundheit.....	5
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	5
Sicherheit und Justiz	6
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	6
Wirtschaft und Finanzen	7
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	7
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei.....	8
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	9
Bildung und Schule.....	10
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	10
Kultur und Wissenschaft.....	11
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	11
Energiepolitik	13
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	14
Umwelt und Klima.....	15
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	15
Bauen, Wohnen & Städtebau	17
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	17
Infrastruktur und Verkehr	18
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	18
Digitales.....	19
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	19
Bundes- und Europaangelegenheiten	20
Unsere wichtigsten Ziele bis 2027	20

Wir über uns

Bei der Landtagswahl 2022 werden die Weichen für Niedersachsen neu gestellt. Wir FREIE WÄHLER streben einen Einzug in diesen nächsten Niedersächsischen Landtag an. Das hier vorgestellte Programm soll eine Orientierung über unsere zukünftige Politik geben.

Wir FREIE WÄHLER sind eine kommunalpolitische Wurzelbewegung, deren Geschichte in Deutschland bis in die Anfänge der Bonner Republik zurückreicht. Nach Jahrzehnten der Arbeit in den Städten und Gemeinden, den Grundsäulen unseres Staats, haben wir uns im Jahr 2010 aufgemacht, eine Partei in Niedersachsen zu schaffen, die in der Tradition der grundgesetzlichen Werte aus den Anfängen unserer Republik Antworten auf die Veränderungen unserer Zeit und der Zukunft bietet.

Wir sind eine moderne, freiheitlich-wertkonservative Bürgerbewegung der Vernunft, Sicherheit, Stabilität und Ordnung. Für die FREIE WÄHLER sind Anstand, Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft unverzichtbar. Ein Leben in Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück für die jetzigen und zukünftigen Generationen sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik. Gerade durch den bisherigen Verlauf der Corona-Pandemie hat es für den Einzelnen in vielen Lebensbereichen dramatische Veränderungen gegeben.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die großen gesellschaftlichen Projekte und Herausforderungen zu Umverteilungen von Macht, Kapital und Einfluss geführt haben. Im letzten Jahr der Pandemie haben vor allem die Superreichen, und hier insbesondere die Internetgiganten, unglaubliche Gewinne und Mehrungen des Vermögens erlebt, während auf der anderen Seite viele unserer Bürger um ihre existenziellen Grundlagen fürchten mussten und noch müssen. Der Einfluss von demokratisch nicht legitimierten Organisationen und Lobbyisten auf Politik und Gesellschaft nimmt immer weiter zu. Während in der Vergangenheit die Presse und andere Medien als wichtigster Kritiker und vierte Gewalt im Staate eine entscheidende Rolle gespielt hat, fällt diese in dieser Funktion zunehmend aus, weil sie mehr und mehr unter den Einfluss einzelner Interessengruppierungen gerät.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, bedarf es einer neuen politischen Kultur, für die wir FREIE WÄHLER stehen. Die Grundlagen der angestrebten politischen Praxis im Parlament haben wir daher konsequent im folgenden Programm niedergelegt.

Auf das Gendern von Bezeichnungen für Personen haben wir bewusst verzichtet. Selbstverständlich sind immer alle unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint!

Region und Heimat

Niedersachsen ist ein abwechslungsreiches und vielfältiges Land. Als Flächenland mit weiten ländlichen Räumen sowie großen und mittleren Städten hat Niedersachsen viel zu bieten: von der Nordsee, den Ostfriesischen Inseln mit den wunderschönen Stränden, dem UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer über die Lüneburger Heide und das Weserbergland bis zum Harz. Küste und flaches Land im Norden wechseln sich ab mit dem höchsten Mittelgebirge Norddeutschlands im Süden. Niedersachsen hat eine bewegte Geschichte und ist stolz auf sein kulturelles Erbe. Millionen Menschen leben in diesen sehr unterschiedlichen Landschaften, wohnen und arbeiten dort und wollen ein friedliches und sorgenfreies Miteinander. Diese Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Niedersachsen ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort und beherbergt große Industrieunternehmen, gleichzeitig aber auch viele kleine und mittlere Unternehmen. Die Autoindustrie ist hier ebenso zu Hause wie die Stahlindustrie, Werften oder Lebensmittelverarbeiter.

Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Niedersachsen trägt mit vielen kleinen, mittleren und großen Betrieben zu einer sicheren Nahrungsmittelversorgung bei. Niedersachsen ist immer auch ein wichtiges Agrarland gewesen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Aber Niedersachsen bietet noch viel mehr. Spitzenforschung wird in Universitätsstädten wie Göttingen, Hannover, Braunschweig, Clausthal oder Oldenburg geleistet. Die Hannover Messe ist eine der Industriemessen mit Weltruf. Wir FREIE WÄHLER wollen für dieses großartige Bundesland die Zukunft gestalten.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Stärkung der Regionen und Bewahrung ihrer Besonderheiten
- Mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die Kommunen
- Verbesserung der Finanzlage der Kommunen
- Belassung bzw. Rückführung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentliche(r) Hand
- Gewährleistung der Grundversorgung unabhängig von Stadt oder Land
- Flächendeckende Gesundheitsvorsorge
- Ausbau des ÖPNV vor allem im ländlichen Raum
- Stärkung der öffentlichen Sicherheit
- Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum
- Erhöhung der Wohneigentumsquote zur Entlastung des Mietmarktes
- Stärkung des Ehrenamtes

Demokratie und Bürgertum

Demokratie und Bürgertum bilden die Fundamente unseres Landes. Daher stehen die Bürger im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und wollen für Niedersachsen eine bessere Zukunft erschaffen. Fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehend, respektieren wir die freiheitlich-rechtliche Grundordnung und sind Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard.

Die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gemeinwesen wollen wir für die nachfolgenden Generationen erhalten. Als FREIE WÄHLER stehen wir für einen effizienten, schlanken Staat, welcher sich an der Freiheit der Bürger und ihrem Schutz vor staatlichen Eingriffen orientiert. Aus diesem Blickwinkel heraus fordern wir ein Ministerium, welches die Aufgabe der Vereinfachung und Abschaffung von überflüssigen Gesetzen und Verordnungen hat. Wir ringen um solide Staatsfinanzen sowie Verlässlichkeit und Transparenz. Ein Leben in Sicherheit, das Streben nach Wohlstand und Glück sowie eine intakte Umwelt sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Wir stehen für eine tolerante Gesellschaft mündiger Individuen – ohne Vorrang einer politischen Agenda –, in welcher sich Menschen ohne Ansehen der Abstammung, des Geschlechts und der religiösen Zugehörigkeit frei entfalten können. Ergebnisgleichheit und Quoten widersprechen dem uns wichtigen Gleichheits- und Leistungsgrundsatz. Die Freiheit der Rede und auch der Sprache sind für uns ein hohes und schützenswertes Gut. Staatlich propagierte Sprachvorschriften, wie das Gendern und „Formulierungs-Leitlinien“, lehnen wir ab. Familie, Vereine und ehrenamtliches Engagement bilden für uns die wesentlichen Institutionen gesellschaftlicher Teilhabe. Kinder sind unsere Zukunft. Wir FREIE WÄHLER fordern einen Paradigmenwechsel hin zu einer familien- und kinderfreundlicheren Gesellschaft, für welche wir die politischen Rahmenbedingungen setzen wollen.

Wir engagieren uns für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und nationaler Traditionen.

Wir sind Vertreter des vernunftgeleiteten Diskurses und verfolgen eine pragmatische Sachpolitik zum Nutzen des Einzelnen und der Allgemeinheit. Wir wollen den immerwährenden Wandel aktiv und verträglich ausgestalten, nutzbringende Innovationen anstoßen und ideologiefrei abwägen, welche Lösungen am sinnvollsten sind. Dabei bekennen wir uns zu einer „neuen Ehrlichkeit“, welche Probleme nicht beschönigt und Vorschläge für politische Lösungen nicht in erster Linie von deren Popularität abhängig macht. Um die besten Ideen zum Wohle aller Bürger durchzusetzen, ziehen wir FREIE WÄHLER die parteiübergreifende Zusammenarbeit einer ideologischen Parteipolitik vor.

Wir FREIE WÄHLER kommen aus der Kommunalpolitik und nehmen uns seit jeher der tatsächlichen und alltäglichen Probleme der Bürger an. Daher wissen wir: Politische Entscheidungsprozesse sollen stets in die tiefstmögliche demokratische Ebene verlagert werden. Das nennt sich „Subsidiarität“ – ein Prinzip, welches sowohl im deutschen Föderalismus als auch auf EU-Ebene verankert ist, jedoch immer weniger Beachtung findet. Wir sind die treibende politische Kraft, welche Subsidiarität nun auf allen Ebenen wieder einfordert. Damit dieses System wieder funktioniert, müssen auch

die finanziellen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene aufgestockt werden.

Als FREIE WÄHLER wollen wir mehr Demokratie wagen und Niedersachsen auf einen der vorderen Plätze im Ranking direktdemokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz bringen.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Solide Staatsfinanzen
- Stabilisierung der Sozialen Marktwirtschaft
- Schutz der Bürger vor staatlichen Eingriffen
- Gesellschaftlicher Ausgleich
- Gelebte Chancengleichheit
- Ein kinderfreundlicheres Niedersachsen
- Schaffung einer Stelle zum Vereinfachen und Abschaffen von Gesetzen und Verordnungen
- Erhalt von lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen
- Bekämpfung von Steuerflucht, Durchsetzung der Gesetzeskonformität internationaler Konzerne

Soziales und Gesundheit

Die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger in Niedersachsen ist der Antrieb unserer Politik. Wir sehen die Familie als das Herzstück unserer Gesellschaft. Sie ist ein Ort der Sicherheit und Geborgenheit und gibt einen festen Halt im Alltag. Bereiche, die innerhalb der Familie eigenverantwortlich geregelt werden können, darf der Staat nicht antasten. Niedersachsen lebt von den Menschen, die jeden Tag ihr Bestes geben. Wir FREIE WÄHLER stehen für ein gesellschaftliches Miteinander, das Individualität, Toleranz, Vielfalt und Solidarität fördert und wertschätzt. Dieses baut auf dem Zusammenhalt in der Gesellschaft auf. Das bedeutet für uns den Schutz der Freiheit eines jeden Einzelnen, aber auch den Respekt vor den Werten der Gesellschaft. Deshalb muss die Politik den Rahmen für eine sozial ausgewogene Gesellschaft vorgeben. Wir wollen handlungsfähige Kommunen erhalten und die Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Wasser, Entsorgung, ÖPNV, u. v. m.) in öffentlicher Hand behalten. Gesunde, finanziell gut ausgestattete Gemeinden, Städte und Kreise sind aufgrund ihrer Bürgernähe ein Garant für eine lebenswerte Heimat. Uns ist wichtig, dass Politik bürgernah bleibt.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Ein familienfreundliches und solidarisches Niedersachsen
- Verhinderung von Kinderarmut
- Aktive, vorausschauende und bedarfsgerechte Integrations- und Migrationsarbeit

- Sicherung einer wohnortnahen ambulanten bzw. stationären Gesundheitsversorgung
- Bestmögliche Vorbereitung auf mögliche Pandemiefälle und ein strategisch durchdachtes Krisenmanagement
- Organisation von bezahlbarem Wohnen
- Menschenwürdige Pflege für Bedürftige sowie gute Arbeits-/Rahmenbedingungen für Pflegendе
- Einbeziehung von praktischer Erfahrung in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen im Pflegebereich
- Veränderung der Betreuungsschlüssel in der KiTa und mehr Platz für Kinder
- Anpassung der Ausbildung und Umwidmung von Bundesmitteln im KiTa-Bereich
- Qualifikationsadäquate Bezahlung für KiTa-Personal

Sicherheit und Justiz

Eine Kernaufgabe unseres Staates ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung für alle Bürger zu gewährleisten. Wir FREIE WÄHLER sehen Sicherheit als einen umfassenden Begriff an, der nicht nur die Gefahrenabwehr betrifft. Es braucht gut ausgebildete und ausgerüstete Polizeikräfte sowie eine agil, dynamisch und schnell handelnde Justiz. Das Gefühl von Sicherheit muss für alle Niedersachsen spürbar sein und ist somit Hauptaufgabe einer verantwortungsvoll handelnden Landesregierung.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Mehr Personal für die Polizei
- Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben
- Zusätzliche, dezentrale Polizeiinspektionen 24/7/365
- Rückkehr zum mittleren Polizeidienst
- Verbesserung der technischen Ausstattung; verpflichtende Einführung von Bodycams
- Abbau des Beförderungsstaus; Förderung der Weiterqualifizierung
- Intelligente Videoüberwachung an neuralgischen Punkten
- Förderung der Prävention
- Stärkung des Verfassungsschutzes
- Früherkennung, Dokumentation und entschiedene Bekämpfung jeder Art von Extremismus
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei & kommunalen Ordnungsämtern
- Länderübergreifende, enge Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden
- Aufwertung der ehrenamtlichen Tätigkeiten im Zivilschutz

- Erhalt von Gerichtsstandorten
- Personelle und finanzielle Aufstockung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in allen Dienstbereichen
- Opferschutz vor Täterschutz
- Verhinderung politischer Einflussnahme auf die Justiz
- Konsequente Ausweisung schwerkrimineller Gäste
- Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat, Abbau von Frustrationen
- Stärkere Unterstützung der Ermittlungsbehörden bei Wirtschaftskriminalität
- Einführung einer öffentlichen Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen für Wirtschaftskriminalität

Wirtschaft und Finanzen

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament, auf dem unser wirtschaftlicher Erfolg fußt. Sie hat Deutschland in den letzten 70 Jahren Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Dabei waren zahlreiche Herausforderungen zu meistern. Noch gilt Deutschland als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt. Diese Position steht aber auf dem Spiel. Wir sprechen uns für eine Soziale Marktwirtschaft aus, die den aktuellen Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung, Energieversorgung, Demografie und anderen mehr durch das Erfolgsmodell von Unternehmertum und sozialer Verantwortung Rechnung trägt. Millionen von Bürgern aus mehreren Generationen haben durch Leistung, Einsatz und Innovationsfreude unseren Wohlstand erwirtschaftet. Wir verstehen es als zentrale Aufgabe, diesen zu erhalten, zu mehren und das Versprechen von Freiheit und wirtschaftlichem Aufstieg für mehr Menschen als bisher zu verwirklichen.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Beratung und Förderung der Wirtschaftsförderung künftig aus einer Hand
- Zwingend: Erfolgskontrolle bei der Wirtschaftsförderung
- Ausbau internationaler Rohstoffpartnerschaften
- Ausstattung der Außenwirtschaftsförderung mit ausreichenden Finanzmitteln
- Weiterer Ausbau der Messestandorte und Stärkung von deren Bedeutung
- Erweiterung des Netzes niedersächsischer Auslandsrepräsentanzen
- Bürokratie-Praxis-Check im Vorfeld von neuen Gesetzen und Verordnungen sowie Schaffung eines unabhängigen Bürokratie-Kontrollgremiums
- Umsetzung von EU-Recht ohne weitere deutsche und niedersächsische Verschärfungen
- Erteilung der Genehmigung von Bauanträgen im Regelfall binnen zwei Monaten, einheitliches Online-Portal für Bauleitplanverfahren
- Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

- Beschränkung der Auflagen nach Geldwäschegesetz auf risikorelevante Branchen und Unternehmen
- Steuerliche Entlastung des Mittelstands
- Steuerliche Förderung von Mittelständlern bei Forschung und Entwicklung
- Erhalt von Regionalbanken
- Sicherung der Kreditversorgung für den Mittelstand
- Unternehmensgründungen digital und an einem Tag
- Bessere Berücksichtigung von Start-ups und jungen Firmen bei öffentlichen Ausschreibungen
- Stärkung der Selbstverwaltung: Erhalt der Berufskammern
- Gewährleistung von Qualität: Schutz des nationales Berufszugangsrechts
- Sicherung der Unabhängigkeit: Beibehaltung des Fremdkapitalverbots
- Beseitigung der kalten Progression: Entlastung mittlerer Einkommen, Bekämpfung verdeckter Steuererhöhungen; jährliche Anhebung der Freibeträge und Freigrenzen im Steuer- und Abgaberecht
- Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Keine Bagatellsteuern

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Eine zukunftsfähige, allgemein akzeptierte Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir halten eine eigentumsorientierte, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sowie die Teichwirtschaft und die an Grund und Boden gebundene Jagd für die Grundvoraussetzungen des lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raumes. Genauso ist eine zukunftsfähige Fischerei wirtschaftlich, aber auch kulturell wichtig für unsere Küsten. Alle Bereiche stellen die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, und erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Auch die Landwirtschaft zählt zu den Säulen grüner Energieversorgung und bietet bis hin zum Tourismus eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir sind stolz, dass sich unsere Landwirte, zusammen mit mehreren Umweltverbänden und der Politik, auf den ökologisch wertvollen „Niedersächsischen Weg“ geeinigt haben. Trotzdem geht das rasante Bauernhofsterben weiter, was nicht nur zu Versorgungslücken mit heimischen Lebensmitteln, sondern auch zu einem Rückgang an Vielfalt und Biodiversität in der Fläche führen kann. Wir wollen die Vielfalt der Landwirtschaft und bestehende Kulturlandschaften sowie familiäre Strukturen erhalten, stärken und ausbauen, auch in Regionen mit erschweren Bewirtschaftungsbedingungen. Regionale Spezialitäten, besondere Bewirtschaftungsweisen und erzeugernahe Verarbeitung sind auch ein Stück Heimat, ein geliebtes Kulturgut, das wir weiterhin pflegen wollen.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe bei der Umstrukturierung hinsichtlich der von der Gesellschaft geforderten Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion
- Anpassungen im Baurecht
- Planungssicherheit für Investitionen in der Landwirtschaft
- Echtes Wolfsmanagement und umfassende Schadensregulierungen
- Faire und dauerhafte Vergütung für die Nutzung von Flächen für den bundesweiten Netzausbau
- Reduktion des Flächenverbrauchs und Eindämmung von Spekulationen auf dem Markt für landwirtschaftliche Flächen
- Schutz vor Billigimporten
- Stärkung der Rolle der Landwirte in der Wertschöpfungskette
- Nachhaltige Wald- und Teichbewirtschaftung
- Unterstützung bei der Versachlichung der Kommunikationsplattformen
- Schulfach Lebensmittelkunde
- Bewahrung der Wälder als naturnächste und damit ökologisch wertvollste Landökosysteme Mitteleuropas
- Sicherung der Existenz- und der Nettoprimärproduktionsfähigkeit des gesamten Naturraumes
- Abbau bürokratischer Hindernisse durch übergeordnete Behörden bei der Ausübung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten der einzelnen Förstereien
- Verstärkte forstpolitische Bemühungen, um die „Inwertsetzung“ bislang monetär nicht bilanzierbarer Positivwirkungen des Waldes für die Gesellschaft herauszustellen
- Förderung besonderer, freiwilliger Leistungen der Waldbesitzer zum Wohle der Allgemeinheit
- Erhaltung und Regeneration der Fischbestände in den Meeren als Grundlage niedersächsischer und europäischer Fischereipolitik
- Oberste Priorität für Nachhaltigkeit und Biodiversität
- Entschiedenenes Vorgehen gegen illegale Fischerei und Fangmethoden
- Kennzeichnung der Fänge für die Verbraucher als zusätzliches Ziel der Fischereipolitik

Bildung und Schule

Bildung ist die Grundvoraussetzung für eine demokratische Einstellung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie betrifft alle Bereiche. Wir FREIE WÄHLER sehen sie als wichtigste Grundlage für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Entwicklung der Persönlichkeit, des Selbstwertgefühls und der Fähigkeit zum eigenständigen Handeln sind wichtige Aufgaben des Bildungssystems. Darüber hinaus muss Bildung auch Grundlage für die Gestaltung eines lebenswerten Daseins sein. Freie und gleichberechtigte Bildung stärkt die individuelle Entwicklung jedes Einzelnen. Wir FREIE WÄHLER sehen es als Verpflichtung für alle an, Wissen ständig zu erweitern, Zweifel zu wecken, Irrtümer zu korrigieren und andere Meinungen zu akzeptieren. Die gegenwärtig durch unser Schulsystem vermittelte Bildung in Deutschland und in Niedersachsen erfüllt die Anforderungen der Zukunft in vielen Bereichen nicht mehr.

Der Missstand im Bildungssystem liegt größtenteils darin begründet, dass die Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten einerseits zum Experimentierfeld ideologischer Grabenkämpfe und andererseits zum Gegenstand versteckter Sparpolitik geworden ist. Dies wird nicht nur dadurch sichtbar, dass ein ständiger Wechsel von Reformen und Gegenreformen ein früher gut funktionierendes Schulsystem zerschlagen und verwässert hat, sondern auch durch den teilweise desolaten Zustand der Schulgebäude und Bildungseinrichtungen. Nicht zuletzt sei hier auch die Unzufriedenheit der Lehrer an den Schulen genannt, über deren Köpfe hinweg die Regierenden und übergeordneten Behörden jahrzehntelang entschieden haben. Wir FREIE WÄHLER fordern ein Ende dieser Politik. Auf ein Bildungssystem muss Verlass sein. Es darf nicht nach jedem Regierungswechsel den nächsten Systemwechsel geben. Was die Schulen brauchen, ist Kontinuität, Verlässlichkeit und Wertschätzung. Jede Schule muss unabhängig von der jeweiligen Regierung in der Lage sein, flexibel auf neue gesellschaftliche Entwicklungen und Bildungsanforderungen zu reagieren. Der Staat muss dazu unterstützend und nicht hindernd wirken. Allen Lehrenden, Arbeitenden und Verantwortlichen an niedersächsischen Schulen muss wieder Wertschätzung und Respekt aus allen Teilen der Gesellschaft entgegengebracht werden.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Gleiche Chancen für alle Kinder durch kostenlose Bildung
- Grundsätzlich kleinere Klassen
- Ausbildung und Einstellung von mehr Lehrkräften
- Gleiche Bezahlung für angestellte und verbeamtete Lehrkräfte
- Quereinsteiger im Lehrerberuf nur mit pädagogischer Qualifikation
- Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in allen Schulen zu 100 Prozent, auch unter Berücksichtigung von Krankheitsfällen durch ausreichende Anzahl von Lehrkräften
- Vermeiden der Abordnung von Lehrkräften, insbesondere an andere Schulformen
- Weniger bürokratische und technisch administrative Aufgaben für Lehrkräfte

und Schulleitungen

- Abschaffung oder zumindest Reduktion des epochalen Unterrichts
- Erleichterung der „Querdurchlässigkeit“ verschiedener Schulformen
- Einrichtung eines „Lehrrates“ als beratendes Bindeglied zwischen Lehrervertretung und Kultusminister
- Übergangsklassen für nicht Deutsch sprechende Kinder, um diese sprachlich auf die Regelklasse vorzubereiten
- Wiedereinführung des Werkunterrichts und der Gemeinschaftskunde

Kultur und Wissenschaft

Wissenschaft hat durch neue Erkenntnisse und technische Innovationen stets stark zu gesellschaftlichen Veränderungen und zum Wohlstand beigetragen. Die Freiheit der Wissenschaft und die Förderung der Hochschulen war, ist und bleibt eine wesentliche Säule unserer Gesellschaft.

In ganz anderer, aber nicht minder wichtiger Weise haben die Künste in all ihren Spielarten gesellschaftliches Leben und neue Entwicklungen maßgeblich beeinflusst. Die künstlerische Avantgarde war dazu genauso notwendig wie die Reflexionen und die Bewahrung der Kunst.

Beides, Wissenschaft und Kunst, sind die treibenden Kräfte unseres Seins. Wir FREIE WÄHLER wollen sie fördern und bewahren.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Mehr Geld für mehr Studenten: Anpassung des BAföG an die Lebenswirklichkeit (familienunabhängig)
- Abschaffung der Studiengebühren
- Beendigung prekärer Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern an Universitäten
- Erhalt der Vielfalt der Wissenschaftsstandorte, keine wahllose Kürzung des Wissenschafts- und Studienangebots
- Masterstudium für jeden Bachelor-Absolventen
- Wiedereinführung von Diplomstudiengängen
- Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen
- Aufwuchs der jährlichen Zuwendungen an die Hochschulen mindestens in Höhe des Inflationsausgleichs
- Sonderetat zur Behebung des Sanierungsstaus an allen niedersächsischen Hochschulen
- Verbesserung der Bezahlung des Lehrpersonals im akademischen Mittelbau
- Festanstellungen statt Zeitverträge
- Deutlicher Ausbau digitaler Lehr-, Lern- und Forschungsformate

- Mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende
- Ausbau von Teilzeitstudiengängen und berufsbegleitenden Studiengängen ohne Studiengebühren
- Flexiblere Anerkennung von Studienleistungen
- Stärkung der Lehrbeauftragten
- Verbesserung des LA-Studiums und berufsbezogener Gestaltung
- Mehr Studienplätze für Medizin, um dem kommenden Ärztemangel zu begegnen
- Aufwertung der dualen Bildung und mehr Praxisbezug
- Überdenken des Bologna-Prozesses, weil es in handwerklichen Berufen immer weniger Bewerber bzw. Berufsanfänger gibt
- Stärkung des europäischen Bildungsaustauschs
- Kulturförderungsgesetz
- Pflichtaufgabe der Verankerung von Kultur in der Landesverfassung
- Unterstützung der privaten, kommunalen und Landesmuseen
- Unterstützung der Kultursommer-Veranstaltungen in Niedersachsen
- Vernetzung von Tourismus und Kultur
- Größeres Kulturangebot in den Kommunen, z. B. in den Bereichen darstellende und bildende Kunst sowie regionales Brauchtum; dazu gehören das Vereinsleben ebenso wie die Arbeit der Hilfsorganisationen und das Ehrenamt
- Förderung selbstständiger Kulturschaffender wie Musiker sowie unabhängiger Theater bis zu Kleinkunst und Straßentheater
- Bessere Ausstattung von und besserer Zugang zu Bibliotheken/Büchereien; mehr „Lernraum“ und Wissenstransfer in öffentlich zugänglichen Bereichen
- Unterstützung lokaler und regionaler Medien, insbesondere Lokalzeitungen

Energiapolitik

Eine sichere, leistungsfähige und zudem umweltverträgliche sowie bezahlbare Energieversorgung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Kernenergie sowie die Nichtbeachtung naturwissenschaftlicher, technischer, volkswirtschaftlicher, verfassungsrechtlicher und energiewirtschaftlicher Gegebenheiten sind Kennzeichen der bisherigen deutschen Energiapolitik. Die Klimaziele werden verfehlt; internationale Krisen verschärfen die wirtschaftliche Situation aller Unternehmen, deren Geschäftsmodell von Energiepreisen abhängt.

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Es sind ausreichende und sichere Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums notwendig. Investitionen in neue regelbare Kraftwerke werden in Deutschland unzureichend getätigt.

Die Schwächung grundlastfähiger Systeme bei gleichzeitiger Steigerung volatiler Systeme gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die wetterbestimmten Umgebungsenergien aus Sonne, Wind und Biomasse sind allein nicht geeignet, die Energieversorgung sicherzustellen.

Elektrische Energie muss in dem Moment erzeugt werden, wenn Bedarf entsteht. Der Bedarf entsteht aber häufig dann, wenn nicht genügend Wind oder Sonne vorhanden ist. Dementsprechend muss die fehlende und benötigte Energie importiert werden.

Zu anderen Zeiten wird zu viel Strom erzeugt. Dieser Strom muss exportiert und nicht selten verschenkt oder gar mit Bonuszahlungen (negative Strompreise) abgegeben werden. Eine gesicherte Grundversorgung mit elektrischer Energie (Grundlast), die regelmäßig mehr als drei Viertel des Bedarfs abdeckt, ist für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen unabdingbar.

Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist ein zentrales Ziel. Für die Versorgungssicherheit sind belastbare Regelungsmechanismen für Netzstabilität notwendig. Die Netze müssen gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Der Wahrscheinlichkeit von Blackouts ist energischer als bisher zu begegnen.

Die Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie sowie die territoriale Ungleichverteilung führen zur Notwendigkeit der Stromverteilung in Deutschland auf neuen Trassen von Nord nach Süd und zur Speicherung überschüssiger Energie. Nur wenige Prozent der insgesamt benötigten 7.700 km langen neuen Stromleitungen sind aktuell erstellt worden. Hier kommt Niedersachsen eine besondere Verantwortung zu.

Die Problemlagen ergeben sich wie folgt. Energiespeicherung ist sowohl teuer als auch bisher nicht effizient genug. Hier besteht riesiger Forschungsbedarf, dem sich die niedersächsischen Hochschulen widmen sollen. Es sind alle denkbaren Möglichkeiten zu prüfen, seien sie chemischer, hydraulischer, mechanischer oder anderer Art.

Außerdem sind noch nicht alle Möglichkeiten des Energiesparens ausgeschöpft. Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden zur Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch, nicht nur bei der Energie selbst. Umwelt und Natur müssen erhalten bleiben und wieder mehr an Qualität gewinnen. Klimaschonende Technologien sind zu fördern, gleichzeitig sollen sich Zivilisation und

Technik weiterentwickeln. Dazu ist ein technologieoffenerer Politikansatz vonnöten, in dem Wasserstoff eine größere Rolle spielen muss.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ergeben
- Effizienter und umweltschonender Ausbau der erneuerbaren Energien
- Mehr Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Speichertechnologie
- Ersatz fossiler Energien durch Wasserstoff, Methan und synthetische Kraftstoffe
- Förderung effizienter Maßnahmen zur Energieeinsparung
- Dezentralisierung der Energiegewinnung
- Entwicklung innovativer Windkraftanlagen – Vertikalrotoren auf Industrie- und Wohngebäuden
- Förderung von und Anreize für Solardächer im industriellen, gewerblichen und privaten Bereich
- Keine Solardachpflicht im privaten Bereich
- Schaffung regionaler Arbeitsplätze im Bereich der Energieversorgung
- Konzentration von Windkraft- und Photovoltaikanlagen nur an geeigneten Standorten
- Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung
- Flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung
- Verbot von Fracking
- Novellierung planungsrechtlicher und baurechtlicher Instrumente zur Beschleunigung entsprechender Vorhaben
- Einbindung der Bürger und Kommunen zur Teilhabe an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung der Energieerzeugung
- Stärkung und Förderung der Widerstandsfähigkeit staatlicher und kommunaler Infrastrukturen
- Innovationskraft und technischer Fortschritt, nicht weitere Steuern und Verbote

Umwelt und Klima

Umweltschutz und der Umgang mit dem Klimawandel gehören zu den herausragenden Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Mehr denn je ist der „Nachhaltigkeitsgedanke“ in den Vordergrund zu stellen, sind die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu berücksichtigen. Für uns FREIE WÄHLER liegt dabei der Fokus gleichzeitig auf den drei miteinander untrennbar verzahnten Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales –, die sich gegenseitig bedingen.

Umweltschutz und wirksamer Klimaschutz sind für uns als politische und unternehmerische Ziele gleichzeitig wichtig. Sie sind kein Selbstzweck, sondern sichern und verbessern nachhaltig die Wechselwirkungen zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen. Sie sind notwendig für den Erhalt des Lebensumfelds und der Lebensgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen.

Bürokratischer Umweltschutz und Klimaschutz sind nicht zeitgemäß. Vereinbarungen und Verträge mit Akteuren, die sich gegenseitig als Partner begreifen, sind zielführender. Neben der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Verursacherprinzips kommt es deshalb vor allem auf Kooperation mit allen gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen an. Umweltschutz und Klimaschutz auf partnerschaftlicher Basis erzielen eine weit höhere Akzeptanz als die prinzipienbetonte Auslegung von Gesetzen und Verordnungen. Umweltschutz und Klimaschutz müssen mit Augenmaß umgesetzt werden und bezahlbar sein.

Da sowohl der Staat als auch seine Bürger hieran ein existenzielles Interesse haben müssen, sind Umweltschutz und Klimaschutz Staatsaufgabe, aber auch Bürgeraufgabe.

Wie man Wissen und dessen Umsetzung erst nach und nach erwirbt und dann anwendet, räumen wir FREIE WÄHLER dieses Lernen auch anderen ein – in dem Bewusstsein, dass das Bemühen um Umweltschutz und Klimaschutz uns Menschen eint.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Augenmaß bei Klimaschutz, Umweltschutz und Energieumbau, die auf partnerschaftlicher Basis Hand in Hand gehen müssen
- Systematische Anwendung von Energie- und Ökobilanzen sowie Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Einsatz ökologischer Stoffe in Kommune, Handel, Gewerbe und Industrie
- Erhalt und Weiterentwicklung von Naturnähe für alle Gewässer und mindestens Gewässergüteklasse 2
- Wirksamer Grundwasserschutz
- Beseitigung bzw. Vorbeugen von Flächenversiegelungen
- Umsetzung von Hochwasserschutzprogrammen
- Umbau von Siedlungsbereichen nach den Prinzipien der „Schwammstadt“
- Verbleib der Wasserversorgung in kommunaler Hand

- Schutz, Erhalt und Ausweitung natursensibler Nordseebereiche
- Ökologisch-landwirtschaftlicher Strukturwandel, der mehr Tierwohl und den Einsatz der regenerativen Energien in vorteilhafter Kombination verbindet
- Einsparung finanzieller, stofflicher und energetischer Ressourcen bei Neubau, Betrieb und Unterhalt von jeglichen Bauwerken und Anlagen
- Initiativen zur Abfallvermeidung mit konkreten Zielen zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung
- Verbleib der Zuständigkeit für Abfälle in kommunaler Hand
- Erhalt und Weiterentwicklung der niedersächsischen Natur- und Kulturräume in ihrer Eigenart und Schönheit
- Waldumbau hin zu stabilen Mischwäldern mit gegen Hitze und Trockenheit resistenteren Baumarten
- Mehr Aufklärung über ökologisch eigenverantwortliche Verhaltensweisen in der Verwendung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen
- Intensivierter Einstieg in die Wasserstofftechnologie
- Intensivierung und Umsetzung von Klima-Anpassungsstrategien und Klimaschutzmaßnahmen neben Vermeidungs- und Verminderungsstrategien

Bauen, Wohnen & Städtebau

Bauen, Wohnen und Städtebau ist für uns FREIE WÄHLER ein zentrales Politikfeld. Ein Hauptthema ist insbesondere der Bereich des bezahlbaren Wohnens, das wir sowohl im Bereich der Mieten wie des Wohneigentums bearbeiten. Wohneigentum stellt für uns FREIE WÄHLER nicht nur ein Thema der Gegenwart, sondern in Form der vierten Säule der Altersvorsorge und hinsichtlich des Klimaschutzes auch ein Zukunftsthema dar. Dabei berücksichtigen wir, dass aus Gründen des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung Erschließungen von Bauflächen nur im Ausgleich mit anderen zu beachtenden Faktoren erfolgen können. Darüber hinaus wollen wir im Bereich des Wohnungsbaus verschiedene gesamtgesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen, insbesondere die Alterung der Gesellschaft, die steigende Vielfalt der Gesellschaft mit ihren Anforderungen an das Wohnen sowie die gesteigerten Anforderungen an die energetische Ausstattung in puncto Dämmung und Heizung zur Energieeinsparung und damit Senkung der zweiten Miete.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Entbürokratisierung und Verstärkung der öffentlichen Wohnungsbauförderung
- Förderung und Ausweitung kommunaler Siedlungsgesellschaften und Baugenossenschaften
- Förderung neuer Wohnformen, insbesondere generationenübergreifendes Wohnen und Tiny-Houses
- Förderung von energieeffizienzsteigernden Sanierungs- und Neubauvorhaben sowie Umnutzung von Gebäuden, insbesondere für junge Familien
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch Reduzierung der Bauvorschriften
- Maßnahmen und Initiativen zur Erhöhung der Eigentumsquote
- Senkung der Grunderwerbssteuern für die erste eigene, selbst bewohnte Immobilie
- Unterstützung von Wohneigentum auch für Menschen mit niedrigeren Einkommen, durch Erwerb über mehrere Generationen
- Wiederbelebung der Erbpacht, gerade auch um kommunale Grundstücke zur Bebauung zur Verfügung zu stellen
- Stärkung des Vorkaufsrechts der Städte und Gemeinden und damit Verhinderung von Immobilienspekulationen
- Einrichtung von Leerstands- und Freiflächenkatastern sowie einer Bewertung, einem Vitalitäts-Check, zur Aktivierung aller Siedlungsbereiche
- Ausweitung der Möglichkeiten zum sogenannten Milieuschutz
- Wiederbelebung von Mischformen der Bebauung zu Quartieren, in denen Wohnen und Arbeiten näher beieinander und kurze Wege bestimmend sind
- Umnutzung zu naturnahen, lebenswerten Innenstrukturen in Bereichen, die erkennbar und langfristig absehbar einer Bebauung nicht zugeführt werden können

- Lückenlose Breitbanderschließung und damit schnelles Internet für alle
- Verbesserung der Mobilitätsangebote, des öffentlichen Nahverkehrs und der Nahversorgung
- Wohnortnahe KiTas, Schulen und andere Einrichtungen, wie der sozialen und ärztlichen Versorgung
- Vereinfachung und Unterstützung der Umwandlung ungenutzter landwirtschaftlicher Gebäude (Resthöfe) zu Wohnzwecken oder zu touristischer Nutzung
- Förderung von Balkonsolaranlagen zur Beteiligung der Bürger und beschleunigten Dezentralisierung der Energiewende

Infrastruktur und Verkehr

Wir stehen für die Bereitstellung einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur als Grundvoraussetzung und Impulsgeber einer erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Niedersachsen besitzt viele schiffbare Flüsse, Kanäle, Häfen und Hauptverkehrsadern, welche die Regionen Deutschlands verbinden. Somit sind leistungsfähige Transportwege – ob Schiene oder Straße, ob zu Wasser oder in der Luft – essenziell für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg. Neben gut ausgebauten Verkehrswegen und einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sehen wir die größte Herausforderung in einer flächendeckenden Versorgung mit FTTH-Glasfaseranschlüssen sowie flächendeckendem 5G-Mobilfunkausbau.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Intelligente Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur
- Stärkung des intermodalen Verkehrs
- Kein ideologischer Generalverdacht gegenüber der Luftfahrt
- Ausbau des ÖPNV
- Verbesserung des Carsharing
- Vorantreiben von Innovationen im Verkehrsbereich
- Initiierung von Forschung im Bereich autonomes Fahren
- Stärkung von Bürger- und Anrufbussen in ländlichen Regionen
- Reaktivierung von Schienennebenstrecken

Digitales

Die Digitalisierung verändert viele Bereiche unseres Lebens: die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Kultur und insbesondere die Bildung. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass bei dieser Entwicklung niemand auf der Strecke bleibt. Auch in einer digitalen Welt müssen unsere Grundrechte weiterhin gelten. Persönlichkeitsrechte, der Schutz der Privatsphäre, der Jugendschutz und der Schutz von Informationen und Prozessen der Wirtschaft müssen auch hier gewahrt werden. Gleichzeitig muss der Zugang zu digitalen Angeboten, also die digitale Teilhabe, für jeden diskriminierungsfrei möglich sein.

Die Entwicklung hin zu digitalen Infrastrukturen und Angeboten wird heute maßgeblich von großen internationalen Akteuren vorangetrieben. Die damit einhergehenden Risiken spiegeln sich in den aktuellen Diskussionen zu Lieferketten, digitaler Souveränität etc. wider. Die Entwicklung geeigneter Antworten und Lösungen ist nationalen und insbesondere europäischen Stellen vorbehalten. Das Land Niedersachsen sollte sich das Ziel offener, diskriminierungsfrei zugänglicher digitaler Plattformen und Angebote zu eigen machen und die mit der Umsetzung befassten Stellen bestmöglich unterstützen.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Ausbau der digitalen Netze mit Glasfaserleitung bis ins Haus
- Flächendeckender Ausbau der 5G-Netze
- WLAN-Hotspots im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr
- Verpflichtender Informatikunterricht ab der 5. Klasse
- Professionalisierung der Administration der schulischen IT-Infrastruktur
- Digitale Lernangebote auch in der Erwachsenenbildung
- Förderung von E-Sports
- Umfassende digitale Angebote der Verwaltungen
- Ausbau der digitalen Vernetzung der Behörden
- Digitale Teilnahmemöglichkeit an Sitzungen für die Bevölkerung
- Unterstützung der Wirtschaft in Fragen der Digitalisierung
- Förderung von und beste Rahmenbedingungen für Start-ups
- Bestmögliche Unterstützung des nationalen Cyber-Abwehrzentrums von niedersächsischer Seite

Bundes- und Europaangelegenheiten

Vor allem bei wichtigen strategischen Bundes-Projekten scheint Niedersachsen nicht oder zu wenig vertreten zu sein, beispielhaft sei die de:hub-Initiative genannt. Das darf nicht so bleiben. Als eine Partei, welche Forschung, Technologie und Wissenschaft zugeneigt ist, fordern wir FREIE WÄHLER eindringlich, eine realistische und ambitionierte Zukunftsvision unseres Bundeslandes zu entwickeln und diese im Bundesrat und in Gesprächen mit Ministerien sowie der Regierung engagiert zu vertreten. Wir FREIE WÄHLER wollen auf eine neuerliche Föderalismusreform hinarbeiten, um über Subsidiarität mehr Bürgernähe, die Entflechtung der Gesetzgebungszuständigkeiten (gemeinsame Zuständigkeiten) und die Ausweitung des Abweichungsrechtes der Länder voranzutreiben.

Unsere wichtigsten Ziele bis 2027

- Definition und effizientere Vertretung niedersächsischer Interessen (Bund, EU, global)
- Früheres Einwirken Niedersachsens auf den EU-Gesetzgebungsprozess
- Engagement gegen Überregulierung, Einsatz für Entbürokratisierung
- Stärkung der Stimme Niedersachsens im europäischen Ausschuss der Regionen
- Stärkung der Subsidiarität: Verhindern von EU-Steuern und eines gemeinsamen Haushalts
- Schutz der lokalen Sparkassen und Volksbanken: keine europäische Einlagensicherung
- Keine europäische Arbeitslosenversicherung
- Engagement für die niedersächsischen NATO-Standorte und gegen unrealistische europäische Verteidigungsfantasien
- Information von Bevölkerung, Firmen und öffentlichen Trägern über die Nutzungsmöglichkeiten von EU-, Bundes- und Landes-Fördermitteln
- Beschaffung von EU-Kohäsions-Mitteln zur umfassenden Förderung strukturschwacher niedersächsischer Regionen
- Entflechtung der Bund-Länder-Kompetenzen
- Konsequente Nutzung von parlamentarischen Abweichungsrechten
- Gemeindefinanzreform und Rettung überschuldeter Kommunen
- Experimentierklauseln in Landesgesetzen für mehr kommunale Spielräume
- Impulssetzung für eine neuerliche Föderalismusreform von Niedersachsen aus

MITEINANDER. Niedersachsen.

V.i.S.d.P. FREIE WÄHLER Niedersachsen · Mühlenstraße 13 · 27777 Ganderkesee

FREIE WÄHLER

Mühlenstraße 13
27777 Ganderkesee

Telefon: +49 (0) 4222 96593 0
Telefax: +49 (0) 4222 96593 19
gs@fw-nds.de



FREIE WÄHLER

www.fw-nds.de